

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Freitag, 18. Juli 1952

Blatt 1135

Gesperrt bis 20 Uhr!

Stadt Wien ehrt zwei Volksbildner

=====

Ehrenmedaille für Oswald Thomas und Raimund Zoder

18. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute beschlossen, sowohl Prof. Dr. Oswald Thomas als auch Prof. Raimund Zoder in Würdigung ihrer besonderen Leistungen auf wissenschaftlichem und volksbildnerischem Gebiete, anlässlich der Vollendung ihres 70. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Oswald Thomas wurde am 27. Juli 1882 in Kronstadt (Siebenbürgen) als Sohn eines Mittelschuldirektors geboren. Schon als Kind wurde er zur Beobachtung und zur Kenntnis der Sternennwelt durch den Vater angeregt. Oswald Thomas wurde gleichfalls Mittelschullehrer und spezialisierte sich von allem Anfang an für Astronomie und gründete 1907 ein "Astronomisches Büro", in welchem er vor allem die Meteorbeobachtungen registrierte. Die Meteorforschung sollte auch später die Hauptaufgabe der selbständigen astronomischen Tätigkeit des Gelehrten bilden. 1913 übersiedelte Thomas nach Wien und wurde Mittelschullehrer am Realgymnasium VIII. Seit der Eröffnung der Uraniasternwarte führte er auch diese. Mit der Tätigkeit an der Urania begann er sein volksbildnerisches Lebenswerk, dem er bis zum heutigen Tage treu geblieben ist. Kurse, astronomische Demonstrationen am Refraktor in der Urania, Radiovorträge und vor allem seine berühmt gewordenen Sternwanderungen am Sommerhaidenweg haben die Astronomie in Wien nahezu zu einer Volkswissenschaft gemacht. Trotz seiner weitausgreifenden volksbildnerischen Tätigkeit hat er seine astronomische Forschungsarbeit nicht vernachlässigt. Im Zentrum steht die Meteoritenbeobachtung. Über 13.000 solcher Beobachtungen hat

Thomas im Laufe der Zeit gesammelt. Sie dienten zur Grundlage seines vor dem Abschluß stehenden Werkes "Lehrbuch der Bahnrechnung von Feuerkugeln". Aus seiner eigenen Austriawarte am Modenapark hat Thomas eine Reihe Entdeckungen zu verzeichnen. 1907 hat er bereits den Komet Daniel beobachtet, 1918 entdeckte er im Adler einen neuen Stern, außerdem hat er dem Johannisburger Komet, dem Halleyschen Komet und den Meteoritenschwärmen in den Perseiden seine Forschung gewidmet. Seinen Mitarbeiter- und Interessentenkreis hat er in seinen "Astronomischen Verein" (seit 1924) gesammelt, der heute in Österreich bereits 2000 Mitglieder zählt.

Thomas hat eine große Anzahl von Publikationen herausgebracht. Sein Hauptwerk ist die "Astronomie. Tatsachen und Probleme", das 1934 erschien und 1949 bereits die 6. Auflage erlebte. Der "Atlas der Sternkunde" (1945) prägt die Sternbilder auf besondere Weise ein. Thomas gab außerdem noch eine Dimensionentafel (1929) heraus, eine Arbeit "Himmel und Welt" erschien 1930. Das Buch "Fahrt zum Mond" (1947) befaßt sich mit dem heute besonders aktuellen Thema der Astronautik.

Nicht unerwähnt darf Thomas' Sammlertätigkeit bleiben. Seine astronomische Bildersammlung umfaßt 20.000 Nummern, seine Blattsammlung an Sonderdrucken, Zeitungsausschnitten und Broschüren umfaßt 12.000 Stück. Seine Diapositivsammlung astronomischer Bilder wird mit 2.800 Stück als reichhaltigste der Welt bezeichnet. Thomas' wissenschaftliche Laufbahn ist gekennzeichnet durch seine Teilnahme an neun astronomischen Kongressen. Er ist Mitglied der Meteorkommission der internationalen astronomischen Union. Von 1941 - 1945 und seit 1948 ist Thomas auch Honorarprofessor für Astronomie an der Wiener Universität.

Prof. Raimund Zoder ist einer der bekanntesten Wiener Volkskundeforscher auf dem Gebiete des Volksliedes und des Volkstanzes. Bereits seit 1920 lehrt er in den Wiener Volksbildungsstätten in Kursen und praktischen Vorführungen, die sich nahezu zu einer Schule entwickelt haben und drei Jahrgänge umfassen, österreichisches Volkslied und österreichischen Volkstanz. Diese Lehrgänge sind aber nicht nur auf Wien beschränkt geblieben, sondern sind auch in den Bundesländern auf regstes Interesse gestoßen.

Prof. Zoder wurde am 20. August 1882 in Wien geboren. Sein

Vater war Lehrer und er selbst war für den gleichen Beruf aus-
ersehen. Nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt trat er
im Jahre 1901 seine erste Stelle als Lehrer an. Geleitet von
Hans Wagner-Schönkirch und dem Volksliedforscher Dr. Josef Pom-
mer begann er schon in jungen Jahren mit der Sammlung von Volks-
liedern und Volkstänzen und legte 1907 das "Niederösterreichi-
sche Volksarchiv" an, das tausende vorher nicht aufgezeichnete
Stücke enthält. Die Aufzeichnungen über die Tänze enthalten
eine schriftliche Fixierung der Choreographie, sodaß eine stil-
reine Aufführung gesichert ist.

Das Ergebnis seiner Sammlungen und volkskundlichen For-
schungen ist in einer Reihe von Werken festgehalten. Zu den
bekanntesten zählen: "Österreichische Volkstänze", "Volkslieder
aus Niederösterreich", "Volkstänze aus Niederösterreich", die
Liederbücher "Mein Österreich" und "Stimme der Heimat - Ein
österreichisches Volksliederbuch". Besonders wichtig ist der
von ihm zusammengestellte Generalindex der Zeitschrift "Volks-
lied". An Volksmusiksammlungen gab er zwei Werke heraus: "Bau-
ernmusik" und "Spielmusik fürs Landvolk". Durch sie wurden vie-
le Melodien vor dem Untergang gerettet. An grundlegenden theo-
retischen Arbeiten sind noch zu nennen: "Der deutsche Volkstanz",
"Deutsches Volkstum im Volksschauspiel und Volkstanz", in wel-
chen er eine volkskundliche Einführung in das Wesen des Volks-
tanzen, in seine Geschichte und seine Ausdrucksformen gab.

Seit 1945 ist Prof. Zoder Lehrer in der Schulmusikabteilung
der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst.

Sitzung des Wiener Landtages

=====

18. Juli (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek
trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusam-
men, um über ein Gesetz zu beraten, mit dem das Dienstrecht der
Beamten der Stadt Wien abgeändert wird, sowie über das Ersuchen
der Staatsanwaltschaft Wien um Zustimmung zur Verfolgung des
Landtagsabgeordneten Dr. Robetschek wegen Verdachtes der Mit-
schuld am Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt abzustimmen.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte in Ver-
tretung des Personalreferenten Stadtrat Fritsch Vizebürgermeister
Honay. Er erklärte, daß der vorliegende Gesetzentwurf einen Aus-

bau des Schema I betrifft, das zum größten Teil die Arbeitergruppen umfaßt. Der bisherige Nachteil dieses Schema war es, daß bereits nach 28 Dienstjahren die Höchststufe erreicht wurde und damit kein Anreiz gegeben war, noch längere Zeit im Dienst der Gemeinde zu bleiben. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten beantragte daher eine Änderung des Schemas. Durch die Vorlage wird das Schema I am Ende um zwei Stufen vermehrt, wodurch sich die Spannung zwischen den Anfang- und Endbezügen, die bisher sehr gering war, vergrößert. Da in diesem Schema verhältnismäßig hohe Anfangsbezüge festgelegt wurden, wird auch eine Vorsatzstufe 0 angefügt.

Der Referent führte noch aus, daß die 16. und 17. Stufe erst nach Vollendung des 61. bzw. 63. Lebensjahres für die Bemessung der Ruhebezüge angerechnet wird, dies deswegen, weil gerade im Arbeiterschema eine starke Pensionistenhypertrophie besteht. Das Gesetz soll rückwirkend mit 1. Juli 1952 in Kraft treten.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) bemängelte, daß die vorliegende Gesetzesvorlage lediglich einen kleinen Teil des Dienstrechtes regelt. Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Demokratisierung und Modernisierung des Dienstrechtes durch solche Teilregelungen auf die lange Bank geschoben werden soll. Der Redner stellte daher den Antrag auf allgemeine Novellierung des Dienstrechtes, wobei die berechtigten Forderungen der Beamtenschaft Berücksichtigung finden sollen. Eine diesbezügliche Vorlage soll spätestens im Herbst dem Landtag unterbreitet werden.

Im Hinblick darauf, daß die in der Finanzausgleichsnovelle enthaltene Bestimmung über die gleiche Entlohnung der Bundes- und Gemeindeangestellten, die vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben wurde, stellte Dr. Altmann den Antrag auf Erhöhung der Gehälter und Pensionen in der nächsten Zeit. Ferner bringt der Redner einen Antrag ein, ein einheitliches Schema vorzubereiten und die Nachteile in den beiden Schemata I und II zu beseitigen. Dieses einheitliche Schema soll auch für die Vertragsbediensteten gelten.

Im einzelnen auf die Vorlage eingehend, protestiert der Redner dagegen, daß die Anrechnung der beiden neuen Stufen auf die Ruhebemessung erst dann eintritt, wenn das 61., bzw. 63. Lebensjahr vollendet ist. Statt das Beamtenskorps zu verjüngern,

werden damit Maßnahmen getroffen, die darauf abzielen, die Dienstzeit zu verlängern. Er kritisiert auch die Einführung der Stufe 0 und verlangt in einem Antrag, daß der Landtag den durch die neuen Stufen geschaffenen Vorteil nicht mit der Einführung der Stufe 0 verbinden möge.

Abschließend stellt der Redner noch zwei formale Abänderungsanträge, die verhindern sollen, daß die verschiedenen Beschränkungen der Vorteile in Kraft treten und die Stufe 0 eingeführt wird.

Abg. Doppler (WdU) erinnert daran, daß der WdU schon bei der seinerzeitigen Beschlußfassung auf die Reformbedürftigkeit hinwies, und meint, daß die beiden Novellen ebenso wie die heutige Flickwerk seine. Die dritte Novelle bringe wohl eine Verbesserung der Gehaltsstufen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Beamten länger, bis zum 61. bzw. 63. Lebensjahr, im Dienst verbleiben. Es gehe darauf hinaus, diese Menschen, die sich in materiellen Sorgen befinden, zu einer längeren Dienstzeit zu bewegen. Dabei sei noch der Pferdefuß, daß diese Bezüge der Ruhegehaltbemessungsgrundlage nicht zugrundegelegt werden.

Die Ursache dieser Novelle liege in der drückenden Pensionslast. 1945 wurden viele Bedienstete entlassen und dafür in reichem Maße Neueinstellungen vorgenommen, wobei man nicht so sehr auf die fachlichen Fähigkeiten als vielmehr auf das Parteibuch gesehen habe. Nach Konsolidierung der Verhältnisse wurden den damals Entlassenen die Pensionen zuerkannt. So entstand diese finanzielle Belastung. Der WdU schlägt daher auch heute wieder vor, alle jene, die fachlich geeignet und auch körperlich dazu in der Lage sind, wieder in Dienst zu stellen, wie das beispielsweise in Graz gemacht wurde.

Der WdU wird dieser kleinen Verbesserung zustimmen, verlangt aber nach wie vor grundsätzlich eine Gesamtreform des Dienstrechtes.

Abg. Skoka (ÖVP) beschäftigte sich vor allem mit den Personalproblemen der Wiener Verkehrsbetriebe und betonte, daß die größte Belastung des Personaletats durch die Wiener Verkehrsbetriebe erfolge. Auf 100 aktive Bedienstete kommen 102 Ruheständler der Wiener Stadtwerke.

Der Redner wies im Verlaufe seiner Ausführungen darauf hin, daß Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe, die in den Jahren 1945/46 unter den schwierigsten Verhältnissen ihren Dienst ver-

richteten, heute aus Gesundheitsgründen nicht der Dienstordnung unterstellt werden können.

Abschließend richtete Abg. Skokan sowohl an die Gewerkschaft als auch die Gemeindeverwaltung die Bitte, bei den kommenden Verhandlungen im Herbst noch bestehende Härten der Dienstordnung auszulöschen. Im übrigen stimme seine Fraktion für die Vorlage. (Beifall).

Abg. Schiller (SPÖ) verwies eingangs auf einige Mängel und Schönheitsfehler dieser Vorlage. Ein entscheidender Fehler sei, daß damit die Pensionsgrundsätze durchbrochen werden sollen. Die Tatsache der Verlängerung des Lebensalters - ein ungeheurer sozialer Erfolg der gesamten Krankenversicherung - schafft allerdings auf der anderen Seite das Problem der hohen Pensionslasten. Diese Pensionslasten müssen nun von den im Wirtschaftsleben Tätigen aufgebracht und verdient werden.

Der Redner sprach sich entschieden gegen die Bemerkung des Abg. Doppler aus, daß diese Gesetzesnovelle nur ein Mätzchen sei. Dieses "Mätzchen" bringe den Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien jährlich eine Erhöhung ihres Bruttoeinkommens um 3 1/2 Millionen Schilling. Es sei eine Herabsetzung eines Erfolges der Gewerkschaft und einer Leistung der Gemeindeverwaltung, die immerhin imstande war, eine effektive Gehaltserhöhung zu einem Zeitpunkt durchzustzen, in dem leider die allgemeine wirtschaftliche Tendenz eine rückläufige ist. (Beifall bei der SPÖ).

Die Tatsache einer dritten Novellierung sei nicht erschreckend, weil das Dienst- und Lohnrecht - eines der wichtigsten Gesetze, da es mit dem täglichen Leben in engem Kontakt steht - häufig Novellierungen unterworfen sein wird.

Die Bindung an das Lebensalter anlässlich der Pensionierung kann nicht als eine unsoziale Maßnahme bezeichnet werden, denn für die nächsten 24 Jahre stellt dieser heutige Abschluß einen Aktivposten für die Bediensteten und eine Belastung für die Verwaltung dar.

Zu einer weiteren Äußerung des Abg. Doppler, daß Neuaufnahmen getätigt werden und auf der anderen Seite die Leistungen der Angestellten durchaus nicht die besten und nicht zufriedenstellend seien, gab Abg. Schiller zu bedenken, daß gerade diese Angestellten und Bediensteten es waren, die in den Jahren 1945/47, in denen die Privatwirtschaft noch lange nicht tätig war, unsere Gemeindeverwaltung und die Unternehmungen wieder in Schwung brach-

ten unter geringen Lohnsätzen, bei Hungerrationen und in ungeheizten Büros. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Ausführung des Abg. Altmann, der die Einkommensverhältnisse der Zeit vor 1934 herbeigeführt haben möchte, bemerkte der Redner, daß dies nicht das Ideal sei. Damals wären wohl die Beschäftigten ausreichend entlohnt gewesen, dafür gab es aber vielmehr Arbeitslose als heute. Unser heutiges Ziel sei, in erster Linie die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, auch unter der Voraussetzung niedrigerer Löhne. (Beifall bei der SPÖ.) Die Fraktion der SPÖ stimmt für die Vorlage.

Vizebürgermeister Honay betont in seinem Schlußwort seinerseits, daß die Gesetzesvorlage nur einen Teil der Forderungen erfüllt, die die Gewerkschaft an die Stadtverwaltung gestellt hat. Die Verhandlungen werden im Herbst fortgesetzt werden. Der betreffende Antrag von Abgeordneten Dr. Altmann rennt daher offene Türen ein. Der Referent betonte ferner, daß die Personalpolitik der Gemeinde besonders auf lohnpolitischem Gebiet keine selbständige sein kann. Eine gewisse Gleichförmigkeit der Behandlung der Gemeindeangestellten mit den Bundesangestellten muß aufrecht erhalten bleiben. Vizebürgermeister Honay ersuchte die Anträge von Dr. Altmann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen, die beiden formalen Abänderungsanträge jedoch abzulehnen.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen der Debatteredner gab der Referent sodann einen interessanten Überblick über die Zahl der Pensionisten bei der Gemeindeverwaltung. Die Verkehrsbetriebe haben 1937 bei einer sehr schwachen Frequenz der Straßenbahn 13.104 aktive Bedienstete gehabt. 1946 waren es 14.462 und am 30. Juni 1952 13.473 Aktive. Man kann also nicht behaupten, daß trotz der gesteigerten Frequenz eine übergroße Zahl von Bediensteten in die Verkehrsbetriebe hineingepropft worden sind. 1937 betrug die Zahl der Pensionisten 8.521, 1946 waren es 10.790 und am 30. Juni 1952 12.677. Das bedeutet eine Steigerung des Pensionistenanteiles von 65 Prozent im Jahr 1937 auf 94 Prozent. Nicht so krass sind die Verhältnisse beim E-Werk. 1946 betrug der Anteil der Pensionisten 50 Prozent und gegenwärtig 70 Prozent. Beim Gaswerk war der Anteil 1946 57 Prozent, und am 30. Juni 1952 77 Prozent. Insgesamt entfielen bei den Stadtwerken 1946 auf 100 Aktive 67 Pensionisten und am 30. Juni 1952 87 Pensionisten auf 100 Aktive. Bei der Hoheitsverwaltung

gab es 1946 10.550 Pensionisten, das heißt auf 100 Aktive 32 Pensionisten. Ende 1951 waren es 12.852 Pensionisten, das sind 38 auf 100 Aktive.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Linksblockes der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, die beiden formalen Anträge abgelehnt. Die Gesetzesvorlage wird in erster und zweiter Lesung ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Abg. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) referierte über das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien vom 19. Juni 1952 um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Robetschek wegen Verdachtes der Mitschuld am Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt. Der Referent gab einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte der Angelegenheit. Es wurde eine anonyme Anzeige erstattet, daß die Verpachtung der Fa. Minimax Ges.m.b.H., die als Deutsches Eigentum in öffentlicher Verwaltung stand, zu einem zu niedrigen Pachtzins durchgeführt wurde. Dr. Robetschek selbst hat um die Auslieferung gebeten, da er auf die Klärung der Beschuldigungen besteht. Der Referent stellte daher den Antrag, die Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten Dr. Robetschek zu geben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung des Wiener Landtages erledigt. Präsident Marek schließt um 13.05 Uhr die Sitzung.

Wiener Gemeinderat

=====

18. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat unmittelbar nach dem Landtag zu einer Sitzung zusammen. Die umfangreiche Tagesordnung enthält 137 Geschäftsstücke. Es sind nicht weniger als 26 Debatteredner gemeldet. Allein der Linksblock stellt 16 Redner. Auch eine große Zahl von Anträgen und Anfragen wurden eingebracht.

Die Anträge der WdU betreffen "die eingehende Prüfung aller Anregungen des Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien zur Verwaltungsvereinfachung und Betriebsreform", ferner "die rechtzeitige Erstellung des Rechnungsabschlusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Wiener Wechselseitigen Versicherungsanstalt und deren termingemäße Vorlage an den Gemeinderat", ferner "eine alljährliche kurze Übersicht über die

Rechnungsabschlüsse aller Kapitalgesellschaften, bei denen die Gemeinde finanziell beteiligt ist", ferner "eine Ergänzung des Mengeninventars der Stadt Wien durch einen alljährlichen Bestandsausweis über die von der Gemeinde verwalteten sogenannten Nazimöbel", ferner "die Aufstellung von Sitzbänken bei den Straßenbahnhaltestellen".

Von der ÖVP wurden eingebracht: ein Antrag auf "Errichtung eines Planschbeckens und Brausen im Kindergarten in der Dornbacher Straße 55" sowie ein Antrag auf Ausdehnung der "Badezimmeraktion" in städtischen Wohnbauten auch auf private Wohnhäuser. Vom Linksblock kamen ein Antrag betreffend "Maßnahmen für eine verbesserte Besprengung der Straßen" und ein Antrag betreffend "die Gefährdung der Passanten und des Fahrzeugverkehrs durch die ungesicherte Bahnübersetzung bei der Taborstraße und Nordbahnstraße und die Notwendigkeit der Errichtung von Bahnschranken an dieser Stelle."

Sämtliche Anträge wurden den betreffenden Ausschüssen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schließlich lagen noch eine lange Reihe von Anfragen des Linksblockes und der WdU vor. Die Anfragen des Linksblockes betreffen: "die Einhebung von Wucherzinsen bei Gewährung von Gehaltsvorschüssen an Beamte der Stadt Wien", ferner "die Nachpflanzung von Bäumen in Alleen und Gartenanlagen", ferner "die Verlängerung der Straßenbahnlinie 66", ferner "die Verfälschung der Obdachlosenstatistik der Stadt Wien und die Benachteiligung der in Obdachlosenasylen wohnenden Familien bei der Zuweisung von Wohnungen", ferner "Holzschlägerungen der Stadt Wien im Quellenschutzgebiet der Hochquellenleitungen, die zu einer Gefährdung der Wiener Trinkwasserversorgung führen können".

Folgende Anfragen wurden von der WdU eingebracht: "betreffend die für die Gemeindeverwaltung überaus kostspielige Prozeß-tätigkeit des Magistrates, betreffend Ziel, Wege und Erfolge der Einflußnahme der Gemeindeverwaltung auf die Tätigkeit der gemischtwirtschaftlichen Approvisionnementunternehmungen, an denen sie finanziell beteiligt ist, betreffend Ziel, Wege und Erfolge der Einflußnahme der Gemeindeverwaltung auf die Tätigkeit der dem Bauwesen dienenden gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen sie finanziell beteiligt ist, betreffend Ziel, Wege und Erfolge der Einflußnahme auf die Tätigkeit der dem Gesundheitswesen dienenden gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen sie

finanziell beteiligt ist, betreffend Ziel, Wege und Erfolge der Einflußnahme der Gemeindeverwaltung auf die Tätigkeit der kulturellen Zwecken dienenden gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen sie finanziell beteiligt ist, betreffend die Übernahme von Aufgaben einzelner Gesellschaftsunternehmungen, deren Betriebskapital sich zur Gänze in Händen der Stadt Wien befindet, in denen unmittelbaren Besitz und Betrieb der Gemeindeverwaltung, betreffend die Höhe der Ertragsanteile der Stadt Wien an den einzelnen gemeinschaftlichen Bundesabgaben, sowie über die Höhe ihrer eigenen diesbezüglichen Steuerleistungen an den Bund, betreffend die Beiträge und Zuschüsse des Bundes zu verschiedenen Verwaltungsaufgaben der Stadt Wien, betreffend die Mitwirkung der Gemeinde Wien bei der Vergütung (Wiedergutmachung) von Besatzungsschäden, betreffend die Schulden der Wiener Messe A.G. an die Gemeinde Wien, betreffend die vom Rechnungshof beanständete kostenlose Beteiligung über zu weitgehende kostenlose Ausgabe von Premierenkarten durch die Kiba, betreffend den Anteil der Stadt Wien am Defizit der österreichischen Gemeindespitäler, betreffend die Zahl, den Aufwand und die Leistungen der Anstaltsapotheken der Gemeinde Wien, betreffend die Möglichkeit einer behelfsmäßigen Wiederinstandsetzung der ehemaligen Spiel- und Sportplätze in den Stauanlagen des Wienflusses beim Gasthaus "Zum Wolf in der Au", betreffend die durch die Errichtung und den Betrieb des Campinglagers im Hörndlwald für die Anrainer entstandenen vielfachen Erschwernisse, Belästigungen und Schäden, betreffend die Rentabilität der verschiedenen städtischen Wäschereien und Gesamtkosten pro kg Wäsche, betreffend verschiedene Wünsche der Wiener Bevölkerung hinsichtlich der öffentlichen Bedürfnisanstalten".

Durch das Ableben des GR. Hans Winter (SPÖ) wurde eine Neuwahl notwendig. Als Ersatzmann hatte Bürgermeister Jonas Dr. Josef Jakl berufen, der das Gelöbnis leistete und im Anschluß daran als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse für Gesundheitswesen und Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten gewählt wurde.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

Zunächst referiert Stadtrat Resch über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien für 1950, den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien für 1950 und den Bericht des Rechnungshofes für die Jahre 1949 und 1950. Die Gesamteinnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt betragen 1950 1.935 Millionen, die Gesamt-

ausgaben 1.869 Millionen. Die Gesamtgebarung erfuhr gegenüber dem Voranschlag eine Verbesserung um 152 Millionen; das mit 86 Millionen vorgesehene Defizit hat sich in einen Überschuß von 66 Millionen verwandelt. (Wir brachten eine Übersicht über den Gebarungserfolg in unserer Ausgabe vom 15.d., Blatt 1116 ff.)

Stadtrat Resch kam im Verlauf seiner Ausführungen auf die in den Jahren 1949 und 1950 eingetretene Verschiebung der Ertragsanteile zu Ungunsten der Länder zu sprechen und erklärte, daß dieser Entwicklung im Jahre 1952 Halt geboten wurde. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß sich diese Methode des Stillhaltens auch in Zukunft aufrechterhalten lassen wird.

Die im außerordentlichen Haushalt verzeichneten Mindereinnahmen haben ihre Ursache darin, daß der Gemeinde um volle 40 Millionen weniger Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zugewiesen wurden. Die inzwischen beschlossenen Gesetze haben sich für die Gemeinde Wien segensreich ausgewirkt. Bis heute ist der größte Teil der Kriegsschäden an den nach 1918 gebauten Gemeindhäusern behoben, und bis Ende 1953 werden voraussichtlich alle Kriegsschäden an den Gemeindhäusern beseitigt sein.

Der gesamte Personalaufwand erforderte um 42 Millionen mehr als vorgesehen, was auf die Lohnregulierungen, und zwar auf die erste Etappe des Nachziehverfahrens, das vierte Lohn- und Preisabkommen und die Sonderzahlung von einem halben Monatsgehalt im Dezember 1950 zurückzuführen ist. Der Personalstand selbst ist im Jahre 1950 um 701 auf 36.023 gesunken, die Zahl der Pensionisten allerdings um 718 auf 12.610 gestiegen. Der Aktivstand konnte somit um die Zahl der Pensionierungen verringert werden.

Der Schuldenstand der Hoheitsverwaltung betrug am 31. Dezember 1950, gerechnet nach den Kursen der Nationalbank, 92,5 Millionen oder 4,6 Prozent der Einnahmen und ist somit geringer als Ende 1949. Damit ist im Jahre 1950 ein Zentralproblem der Finanzgebarung, die Kreditfähigkeit dieser Stadt zu erhalten, gelöst worden.

Der Rechnungsabschluß 1950 ist vom 5. bis 18. Juni 1952 zur Einsicht aufgelegt, doch wurden keine Erinnerungen zu diesem Bericht abgegeben.

Der Kontrollamtsbericht und der Rechnungshofbericht enthalten eine Reihe von wichtigen Anregungen und weisen auf verschiedene Mängel hin. Sie enthalten jedoch keine einzige diffamierende Beanstandung. Das Kontrollamt beanständet beispielsweise den ungeheuren Aufwand der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten von 320 Mil-

lionen, dem reele Einnahmen von nur 112,4 Millionen gegenüberstehen, sodaß der Zuschuß aus Steuermitteln 207 Millionen ausgemacht hat. Das Kontrollamt hat eine Reihe von Wünschen geäußert und Vorschläge gemacht, wie die Wirtschaftlichkeit dieser Anstalten gehoben werden soll.

Der Rechnungshof hat auch die Gebarung der der Gemeinde gehörenden Kiba Ges.m.b.H. geprüft und festgestellt, daß dieses Unternehmen in kaufmännischer Hinsicht erfolgreich und zielstrebig geführt wird und eine sparsame Verwaltung aufweist. Natürlich beanständet auch hier der Rechnungshof eine Unzahl von kleineren Verwaltungsakten, es befindet sich aber keine einzige diffamierende oder größere Beanstandung darunter.

Stadtrat Resch kam dann auf den wirtschaftlichen Gehalt des Zahlenmaterials zu sprechen. Diese Zahlen geben zwar ein Bild von der Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1950, doch um sie richtig zu verstehen, müsse man sich auch die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse ins Gedächtnis zurückrufen. In der ersten Hälfte des Jahres 1950 weist der Rechnungsabschluß höhere Einnahmen aus, als im Voranschlag vorgesehen waren. In die zweite Hälfte fällt der Korea-Konflikt, der die Wirtschaft der ganzen Welt in neue Schwierigkeiten stürzte. Dies wirkte sich natürlich auch im Budget durch Erhöhung der Mehrausgaben aus. Diese gegensätzliche wirtschaftliche Entwicklung der beiden Hälften des Jahres 1950 zeigt sich auch im Lebenskostenindex. Das Jahr 1950 ist aber ansonsten ein deutlicher Beweis, daß wir schon damals auf dem rechten Weg zu geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich waren.

Der Berichterstatter stellte sodann den Antrag, den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1950, den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1950 und den Bericht des Rechnungshofes zum Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Jahre 1949 und 1950 zur Kenntnis zu nehmen. Abschließend übermittelte er allen Mitarbeitern an der Verwaltung dieser Stadt für ihre Treue und hingebungsvolle Tätigkeit, die allein diesen aktiven Rechnungsabschluß ermöglichten, den Dank des Gemeinderates. Besondere Anerkennung sprach Stadtrat Resch seinen Mitarbeitern im Rechnungsamt aus. (Allgemeiner starker Beifall.)

Als erster Debatteredner sprach Gemeinderat Wicha (WdU). Er begrüßte es, daß trotz des im Voranschlag 1950 vorgesehenen Defizites ein Überschuß ausgewiesen wird. Es ist also gelungen das Budget in Ordnung zu halten. Die wirtschaftliche Lage in Österreich ist allerdings nicht dazu angetan optimistisch zu werden. Redner beschäftigte sich sodann mit der Verteilung des Überschusses und bemängelte, daß für die Beforsorgten keinerlei zusätzliche Leistungen vollbracht wurden. Er verlangte die Angleichung der Fürsorgeunterstützungsbeträge an das Existenzminimum. Auch die Leistungen in der geschlossenen Armenfürsorge sollten endlich entsprechend erhöht werden.

Ein vom Redner beantragter Resolutionsantrag fordert die Vorlage sämtlicher Wahrnehmungen des Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien an den Gemeinderat, auch wenn sie nur von geringerer Bedeutung sind.

Gemeinderat Wicha sprach dann über das Defizit der Wiener Krankenanstalten. Die Beitragsleistung der Sozialversicherungsinstitute zu den Spitalskosten der Gemeinde Wien müsse unbedingt erhöht werden.

Auf die Katgut-Affäre hinweisend verlangte der Redner die zusätzliche Überprüfung dieses Operationsmaterials durch die hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Gemeinde Wien.

Ein weiterer Resolutionsantrag verlangt die Berichterstattung an den Gemeinderat über die Gewährung eines Betriebskreditbeschlusses an die Kiba und darüber, ob die Gemeinde Wien noch andere Bürgschaften für die Kiba übernommen habe.

Zum Schluß betonte GR. Wicha, daß weitere Einsparungen, insbesondere bei den Dienstaufwänden, Dienstfahrten, Aufwandentschädigungen und bei der Propaganda unerlässlich seien.

GR. Martha Burian (WdU) beschäftigte sich mit einigen Posten des Rechnungsabschlusses. Es sei nicht richtig, daß Mehrausgaben für Sportzwecke aus dem Kulturbudget, und zwar aus den Mitteln für Denkmalpflege, bedeckt werden. Auch hätten mehr Mittel für die Stadtbildpflege zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie verlangte auch, es solle ein besonderes Augenmerk der Rückführung von verlagerten Kunstgütern zugewendet werden.

GR. Dr. Soswinski (KP) bemängelte die verspätete Vorlage des Rechnungsabschlusses. Dieser hätte dem Stadtsenat und dem Finanzausschuß innerhalb von zehn Monaten unter Anschluß des Prüfungsberichtes des Kontrollamtes vorgelegt werden müssen.

Der Redner stellte dann die Frage, woher die Gemeinde das Geld nimmt, um ihre Aufgaben zu erfüllen und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Mehrheitspartei in diesem Haus die Interessen der Stadt nicht wahrgenommen habe. Die Gemeinde müsse verhindern, daß der Bund immer neue Steuerquellen erschließt, ohne die Gemeinden und Länder daran zu beteiligen. Sie müsse aber auch verhindern, daß der Bund Steuerquellen erschließt, die sich vor allem gegen die Arbeiter und Angestellten richten. Der Redner wirft den Sozialisten vor, daß sie dabei die Interessen der Arbeiterklasse verraten hätten. Er wies besonders auf die zunehmende Arbeitslosigkeit hin, die ihre Grundlagen in der Politik der vergangenen Jahre und des Jahres 1950 habe. Seine Fraktion habe wiederholt darauf aufmerksam gemacht, man müsse Schritte unternehmen, um den Osthandel in Gang zu bringen und dadurch die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dies wurde abgelehnt. Nachdem nun das Geschäft mit dem Westen geplatzt ist, steht man vor der gesteigerten Arbeitslosigkeit.

Der Redner kritisiert dann die Methoden der Abgabenteilung und stellt fest, daß gerade jetzt wieder die Interessen der Stadt Wien durch das neue Notopfer der Länder und Gemeinden um ein Linsengericht preisgegeben wurden.

Dr. Soswinski stellt auch fest, daß das Budget immer mit einem Defizit erstellt wurde, um bestimmte Mehrforderungen ablehnen zu können. Die Aufgabe der Gemeinde ist es aber, ordnungsgemäß zu planen jedoch nicht Rechnungsabschlüsse zu legen, bei denen Reserven zurückbehalten werden. Man müsse die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zeitgerecht erfüllen. Außerdem seien die Gelder, die der allgemeinen Rücklage zugeführt wurden, seit 1950 entwertet worden. Diese Finanzpolitik führe dazu, daß man nicht nur die Steuern und Abgaben der Gemeinden erhöht sondern auch aus den Stadtwerken Gelder herauspreßt. Im Jahr 1950 waren es schon 30 Millionen Schilling, die in Form von Gebrauchs- und Wegbenutzungsgebühren entnommen wurden.

Der Redner hebt ferner hervor, daß nach einer Feststellung des Kontrollamtes die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien seit 1945 keine Bilanz gelegt habe und kritisierte diesen Umstand in Zusammenhang mit der Debatte über die Kreditinstitute in der Öffentlichkeit.

Eingehend beschäftigt sich Dr. Soswinski mit der Sozialfürsorgepolitik der Gemeinde. Er stellt fest, daß die gesamten Aus-

gaben im Budget um rund 20 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen jedoch nur um rund 10 Prozent. Im einzelnen kritisiert er die Ansätze in der Jugendfürsorge und bei den Dauerbefürsorgten. Er stellt einen Antrag, den sich aus dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1950 ergebenden Gebarungüberschuß für die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und die Förderung der Jugendwohlfahrt zu verwenden. Des weiteren erläutert Dr. Soswinski die Einschränkung und Einschumpfung der sozialen Fürsorge an Beispielen der Schulzahnkliniken und der Tbc-Fürsorge. Zum Defizit der Krankenanstalten verlangt er, daß die Stadt Wien diese Frage endlich einer Lösung zuführen solle. Er kritisiert in diesem Zusammenhang, daß die Gemeinde aus ihrer Beteiligung bei den Heilmittelwerken große Gewinne erzielt habe, wie der Bericht des Kontrollamtes feststellt.

Bei der Bau- und Wohnungspolitik wendet sich der Redner dagegen, daß 21 Millionen Schilling nicht verbraucht wurden und der Wohnbaurücklage zugewiesen worden sind. Wäre damals das Geld ausgegeben worden, hätte man um 400 bis 500 Wohnungen mehr bauen können.

An Hand des Kontrollamtsberichtes weist Dr. Soswinski auch auf verschiedene Beschwerden über mangelhafte Bauausführungen hin.

Der Redner wendet sich hierauf der Kultur- und Schulpolitik zu und bemängelt, daß gegenüber den im Voranschlag vorgesehenen 82 Groschen pro hundert Schilling nach dem Rechnungsabschluß nur mehr 75 und nach Abzug der Gelder aus dem Kultur- und Sportgroschen gar nur mehr 50 Groschen pro hundert Schilling für Kultur ausgegeben wurden. Mit diesem Betrag könne man nicht einmal mehr die primitivsten Erfordernisse der Kultur bestreiten und nicht mehr das Wort von der Kulturstadt Wien gebrauchen.

Auch in der Schulpolitik habe man in diesem Jahr gigantischer Preiserhöhungen weniger als vorgesehen ausgegeben, es gelte auch in der Schulpolitik der Grundsatz der Schrumpfung.

Zur Personalpolitik stellt Dr. Soswinski fest, die Bediensteten wollen weniger bedankt und mehr bezahlt sein. Am Anfang des Jahres 1950 waren die Gehälter zum Sterben zu viel, dann wurden sie nachgezogen und waren zum Leben zu wenig. Auch in der Personalpolitik marschiere die rot-schwarze Koalition von Wien im gleichen Schritt und Tritt mit der schwarz-roten Koalition im Bund. Das Wort vom sozialen Dienstgeber gelte heute nicht mehr.

Auch dem Rechnungshof, der heute nur mehr ein Deckmantel für die amerikanische Wirtschaftsspionage sei, wirft er unsoziale Haltung vor. So beziehe er Stellung gegen die Einrichtung der Schulzahnpflege, kritisiere die billigen Wassertarife und schliesse sich der amerikanischen Forderung auf Erhöhung der Produktivität an.

Im Bericht des Kontrollamtes gebe es manchmal Bemerkungen, die besser nicht darin zu finden wären. Das Kontrollamt möge nicht versuchen, das Vorbild des Rechnungshofes nachzuahmen. Der Linksblock werde diesem Bericht zustimmen.

Man könne aber den Rechnungsabschluß nicht losgelöst von den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen des Jahres 1950 betrachten. Bei Beratung des Voranschlages 1950 habe der Linksblock auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus der Verbundenheit der Wiener Politik und Wirtschaft mit der gesamtösterreichischen Politik und Wirtschaft ergeben. Der Linksblock habe darauf hingewiesen, daß die unvermeidliche Wirtschaftskrise im Westen auch nach Österreich übergreifen werde, wenn nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Und genau das sei eingetroffen. Was wir heute erleben, sei die Folge dieser Politik. Und die Millionennarmee der Arbeitslosen in allen Marshall-Plan-Staaten strafe das Märchen von der Vollbeschäftigung in den Marshall-Plan-Staaten Lüge. Es wurde vor den Führern der Koalitionsparteien der arbeitenden Bevölkerung nur erzählt, um sie zu bestimmten Opfern bereitzumachen. Diese Wirtschaftspolitik diene der Ausplünderung unseres Landes, führe zur Massenarbeitslosigkeit und werde nur durchgeführt, weil die österreichische Regierung sich heute in Abhängigkeit von den amerikanischen Befehlen befinde. An dieser Arbeitslosigkeit haben auch die verantwortlichen Verwalter der Stadt Wien entscheidende Schuld.

Dazu komme noch der Boykott des Handels mit der Sowjet-Union, der gleichfalls nicht nur ganz Österreich, sondern insbesondere Wien schädige und ihre wirtschaftliche Grundlage untergrabe. Anstatt den Osthandel zu beleben, beteilige sich die Gemeinde Wien an der Hetze gegen die Sowjet-Union. Diese Politik des Jahres 1950 war ein Verrat an den nationalen Interessen Österreichs und habe nicht nur dazu geführt, daß wir keinen Staatsvertrag bekommen haben und unser Lebensstandard gesenkt wurde, sondern auch dazu, Wien in die Kriegsvorbereitungen einzubeziehen.

Seine Fraktion ist der Meinung, daß wir eine Wohnbau- und Wohnungspolitik brauchen, die Arbeit und Brot schafft und den Wohnungslosen, den Bewohnern der Baracken die Hoffnung gibt, in absehbarer Zeit eine menschenwürdige und erschwingliche Wohnung zu bekommen. Wir brauchen aber auch eine Sozialpolitik, die die Jugend schützt und ihr hilft einen Beruf zu erlernen und dann auch einen Arbeitsplatz zu bekommen. Die Alten jedoch sollen eine ausreichende Rente und eine ausreichende medizinische Betreuung erhalten. Dazu brauchen wir aber eine Finanzpolitik, die nicht in die Taschen der Armen sondern in jene der Reichen greift.

Die Fraktion des LBl. stimmte dem Rechnungsabschluß nicht zu, nahm den Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis. Den Bericht des Rechnungshofes lehnte sie ab.

GR. Doppler (WdU) betonte, daß seine Fraktion es begrüßt hätte, wenn ein Teil des Überschusses für eine Aufbesserung der Bezüge der Gemeindebediensteten verwendet worden wäre. Zum Beweis der Notwendigkeit seiner Forderung führte er die Gehaltsvorschlüsse der letzten Jahre an.

Ein von GR. Doppler eingebrachter Resolutionsantrag beschäftigte sich mit der Berichterstattung der Disziplinar- und Berufungskommissionen an den Gemeinderat. Alljährlich sollte ein Bericht über die Tätigkeit dieser Kommissionen, die Zahl der aus dem Vorjahr noch anhängigen und der im Berichtsjahr anhängig gemachten Disziplinarfälle erstattet werden. Sollten wesentliche Interessen einer öffentlichen Behandlung entgegenstehen, wäre der Bericht vertraulich zu erstatten.

Über das Kapitel Verwaltungsreform sprechend verlangte GR. Doppler, daß die Wahrnehmungen des Kontrollamtes und des Rechnungshofes auf diesem Gebiete ernstlich überprüft und, wo angängig, versuchsweise erprobt werden sollten. Es sollte eine eigene Gemeinderatskommission unter dem Vorsitz des Stadtrates der Verwaltungsgruppe I gebildet werden, in der sämtliche Fraktionen des Gemeinderates vertreten sind, die über alle Rationalisierungsanregungen zu beraten und dem Gemeinderat zu berichten hätte.

Im Verlauf seiner Ausführungen bemerkte der Redner, daß das Amtsblatt der Stadt Wien für die breite Bevölkerung zu uninteressant gestaltet wäre und daß die Bilderseite zu häufig die Stadtväter in allen möglichen Positionen zeige. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Amtsblatt der Stadt Linz, das für die Bevölkerung Interessantes aus der Gemeindestube bringt.

Über die Prozeßstätigkeit der Gemeinde Wien sollten ebenfalls periodische Berichte an den Gemeinderat erstattet werden.

Zum Schluß dankte GR. Doppler allen mit dem Rechnungsabschluß und den Berichten befaßten Herren und erteilte im Namen seiner Fraktion dem Rechnungsabschluß und den Berichten seine Zustimmung.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) beklagte es als nächster Redner, daß der Rechnungsabschluß und die Berichte in den Ausschüssen zu wenig diskutiert werden konnten. Es hätten dadurch viele Unklarheiten in unmittelbarer Debatte erörtert werden können und damit nicht die Haussitzung befaßt werden müssen.

Er bedauerte es, daß aus dem Bericht des Kontrollamtes hervorgeht, daß der Verwaltungsreform derzeit unüberwindliche Schranken gesetzt sind.

Er fordert eine ausreichende Rechtsmittelbelehrung, vor allem bezüglich der Bescheide der Magistratsabteilung 35, ferner sollten die Entscheidungen der Magistratsabteilung 4 wesentliche Tatsachen enthalten. Auf diese Weise könnte den Steuerträgern das Leben wesentlich erleichtert werden.

Im Verlaufe seiner Ausführungen sprach der Redner dann über die Ursache des Defizites der Krankenanstalten. Dieses habe seine Ursache nicht allein in der mangelnden Beteiligung des Bundes, sondern werde im wesentlichen auch dadurch verursacht, daß die Sozialversicherungsanstalten in Wien einen zu geringen Betrag vergüten. Hier müßte das Finanzreferat viel energischer vorgehen.

Ferner forderte GR. Prutscher bei Abrechnung der Gemeindebauten Klarstellung, was der Bau einer Wohnung tatsächlich kostet. Für die Planung sei erste Voraussetzung: klare Unterlagsziffern am rechten Ort.

Von den Beteiligungen der Stadt Wien greift Dr. Prutscher besonders das Kinowesen heraus. Er sagt, daß hier ein rücksichtsloser Versuch gemacht wurde, Teile der Privatwirtschaft in eine parteipolitische Macht umzubauen. Dies führte nun zur Verschleuderung von Geldern. So wurde im 19. Bezirk neben einem bestehenden Kino ein zweites errichtet. Es erhebt sich auch die Frage, wo das Vermögen der ehemaligen UFA geblieben ist. Dann hat man wieder zum Beispiel in Schwechat ein Haus um eine Million Schilling gebaut und kurze Zeit darauf um nur 700.000 Schilling verkauft. Eine gleich großzügige Geschäftspraxis weist auch die

Kiba-Pabst-Filmproduktion auf.

Abschließend begrüßt Dr. Prutscher trotz aller Unvollkommenheiten das Erscheinen und die Diskussion dieser Berichte. Er dankte allen für ihre Arbeit, die in dieser Stadt mitgeholfen haben zu einer sachlichen Verwaltung zu kommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Arbeit weiter von Erfolg gekrönt sein werde. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Sigmund (SPÖ) betont eingangs, die Kritik an der Verwaltung schein ihm eines der obersten Rechte aller Mitglieder dieses Hauses zu sein, soweit sie aktiv und positiv an den Arbeiten im Laufe eines Jahres teilnehmen. Er kritisiert jedoch die langen Ausführungen von GR. Dr. Soswinski. Es gäbe wenige, die in einer solchen Art von der Arbeit reden, die seit 1945 in Österreich getan wurde.

Der Redner erinnerte daran, daß von den vier Parteien, die im wesentlichen nach 1945 entstanden sind, eine den Vorzug hatte, die Hilfe jener Besatzungsmacht zu genießen, die am zeitlichsten hier war. Und doch hat die erste Wahl festgesetzt, daß es nur ein Bruchteil der österreichischen Bevölkerung war, die der Kommunistischen Partei die Legitimation gab, ihre Interessen zu vertreten. Und seit 1945 bemüht sich die Kommunistische Partei mit genau denselben Mitteln, die den anderen zur Verfügung stehen, die Österreicher und die Wiener Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die anderen Parteien schlecht für sie arbeiten und nur die Kommunisten zum Volk halten. Trotzdem vergeht eine Wahl nach der anderen, und die "Partei der Wahrheit und der Klarheit" wird nicht größer.

Der Redner verurteilt die Art der Kritik von Dr. Soswinski an der Entwicklung in Wien und erklärte unter dem Beifall der Sozialisten, solange es in Österreich und Wien eine demokratische Verfassung gibt, solange wird sich dieses Österreich und dieses Wien zwar beschwerlich erholen aber doch erholen. Die Menschen dieser Stadt haben unter vielen Opfern seit 1945 die Stadt und ihre Einrichtungen und die Wirtschaft aufgebaut; was aber die Kommunisten zur Verhinderung dieses Aufbaues tun konnten, haben sie redlich getan. Es wird eine Zeit kommen, in der das Volk unbeeinflusst von Furcht und Drohungen darüber urteilen können wird.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Feststellung von Dr. Soswinski, daß die Voranschläge immer passiv erstellt wurden und aktiv abgeschlossen haben. Er hält dem entgegen, daß auch

ein ordentlicher Kaufmann die Verpflichtung habe, seine Einnahmen vorsichtig einzuschätzen. Bei einem so großen Budget wie das der Stadt Wien sind aber 66 Millionen Schilling nicht so viel, daß man Stadtrat Resch Unverantwortlichkeit vorwerfen könne.

Schließlich betonte GR. Sigmund, es sei merkwürdig, daß ausgerechnet heute links und rechts so sehr Kritik üben. Keiner von beiden trage jedoch irgendwelche Verantwortung. Abschließend stellte er fest, daß das Jahr 1950 eine Etappe in dem Genesungsprozeß war, den Wien seit 1945 durchmacht. Alle von uns, so betonte der Redner, werden ihr Möglichstes tun, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden, damit Österreich einer besseren Zukunft entgegengehe. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Resch ging in seinem Schlußwort nur auf die die Finanzgruppe betreffende Kritik ein und verwies die Debattenredner im übrigen auf die zuständigen Stadträte. Zu der Anregung von GR. Wicha den erzielten Überschuß für Fürsorgezwecke zu verwenden, sagte er, es sei unernst, mit einem einmaligen Überschuß der Stadt dauernd ihre Lasten zu erhöhen. Er könne auch nicht zustimmen, die 21 Millionen, die nicht verbaut wurden, für private Baukredite zur Verfügung zu stellen. Das hieße, daß die Steuergelder für die Schaffung von Privatbesitz verwendet würden. Dies ist aber nicht die Aufgabe der Gemeinde.

Was die Möbel der ehemaligen Nationalsozialisten betreffe, bemühe sich die Gemeindeverwaltung, gewisse Härten zu vermeiden. Aber gerade der WdU habe moralisch kein Recht, hier ununterbrochen Anfragen in dieser Angelegenheit zu stellen, denn diese Herren haben nichts dagegen gesagt, als seinerzeit Menschen mit samt den Einrichtungen hinausgeworfen wurden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten - Zwischenrufe bei den Unabhängigen.)

Man möge auch nicht Ausdrücke wie "beispiellose Feststellungen über die Kiba" gebrauchen, wenn man nicht gleichzeitig derartiges im Bericht des Rechnungshofes nachweisen könne.

Stadtrat Resch geht sodann auf die Ausführungen des Gemeinderates Dr. Soswinski ein und meint, niemand werde ernstlich verlangen, zweimal den Rechnungsabschluß vorzulegen, einmal innerhalb der von der Verfassung geforderten Frist und ein zweitesmal nach Vorliegen des Rechnungsberichtes.

Dr. Soswinski habe darzustellen versucht, daß die von ihm empfohlene Methode der Finanzverwaltung dieser Stadt besser sei. Diese Ausführungen seien nicht ernst zu nehmen, denn er wolle ja

in Wirklichkeit gar nicht die Finanzen dieser Stadt bessern, sondern die Finanzen ganz Österreichs schwächen. Es passe ihm nicht, daß die Finanzpolitik Wiens Österreich bejahe und nicht zulasse, daß der Bund zugrunde gehe und auch Wien in den Abgrund gerissen werde. Denn, ruft Redner aus, wir wollen dieses Österreich wirtschaftlich und politisch erhalten und frei bleiben!

Im übrigen habe Dr. Soswinski die kommunistische Methode angewendet, Einzelheiten ohne Zusammenhang herauszugreifen und diese Einzelheiten, ohne Zahlen zu nennen, übertrieben und kraß dargestellt. Er habe die gewohnte Lizitationspolitik der Kommunisten angewendet.

Das Notopfer sei eine Solidaritätsaktion der Länder für jene Länder, in denen die Arbeitslosigkeit besonders gestiegen ist. Das heißt, der Westen und Süden Österreichs opfern 23 Prozent ihrer Mehreinnahmen, damit Niederösterreich, das Burgenland, das Mühlviertel und Wien zusätzlich Arbeit schaffen können.

Diese zur Fürsorge von Dr. Soswinski gemachten Lizitationsvorschläge könne man nur als Taschenspielerkunststücke bezeichnen. Im übrigen sei es wie erwähnt unmöglich, einmalige Überschüsse für dauernde Ausgaben in der Fürsorge zu verwenden. Das beweise auch die Tatsache, daß der eben fertiggestellte Rechnungsabschluß für 1951 zum Unterschied von den vorhergegangenen Jahren mit einem Defizit von 48,9 Millionen abschließe.

Ebenso unrichtig wie die Ausführungen über die Schulzahnkliniken seien auch die Angaben über die Krankenanstalten. Wien habe vor 1934 keinen Anteil vom Bund bekommen, sondern seine Krankenanstalten zur Gänze erhalten, während der Bund die Fondskrankenanstalten erhalten habe. In den Ländern waren die Betriebsrechnungen der Krankenanstalten aktiv, und der Bund habe nur die Investitionen zu drei Achteln getragen.

Der sogenannte dicke Gewinn bei den Heilmittelwerken betrage bei einem Umsatz von 61 Millionen ein halbes Prozent. Seit 1945 habe die Gemeinde diesem Betrieb noch Betriebskredite gewähren müssen, um die Führung des Werkes zu ermöglichen.

Über die Kulturausgaben in der Weise zu sprechen, daß man ihren Anteil auf je hundert Schilling berechne, sei unfair. Hier müsse man absolute Zahlen nennen. Die Gemeinde Wien hat 1950 für Kulturzwecke mehr als veranschlagt, nämlich 14,5 Millionen Schilling ausgegeben, wobei in dieser Zahl der Personalaufwand,

der zentrale Sachaufwand und der Schulaufwand noch nicht eingerechnet seien. Dieser Kulturaufwand sei höher, als jemals seit dem Jahr 1918.

Stadtrat Resch betonte weiter, daß entgegen der Meinung Dr. Soswinskis die Arbeit des Rechnungshofes von einer musterhaften Objektivität und von einer großen Kenntnis der Gemeindeverwaltung getragen sei. Er hätte nicht das geringste gegen diese Tätigkeit einzuwenden. Stadtrat Resch befaßte sich dann mit den Ausführungen GR. Dr. Prutschers wegen einer eingehenden Vorbera- tung des Rechnungsabschlusses und der Berichte in den Ausschüs- sen. Der Referent betonte, daß die Methode der Gemeinde Wien ge- genüber der des Parlaments richtiger ist. Die Stadt Wien ist keine gesetzgebende sondern eine verwaltende Behörde; ihre Ar- beit spielt sich auch im Plenum ab. Das Plenum hat zu entschei- den, ob der Rechnungshofbericht richtig und in Ordnung ist.

Der Referent betonte noch, daß er bemüht sei, die Leistun- gen der Sozialversicherung für die Krankenanstalten zu heben.

Auf die Ausführungen GR. Dr. Prutschers hinsichtlich des Verlustes bei der Übernahme der Bürgschaft für die Pabst-Kiba- Produktion eingehend, gab Stadtrat Resch zu bedenken, daß da- durch die Wiederingangsetzung der österreichischen Filmwirt- schaft ermöglicht wurde, eine Tatsache durch die dieser Verlust, volkswirtschaftlich gesehen, zweifellos gerechtfertigt würde.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Rechnungsab- schluß, der Bericht des Kontrollamtes und des Rechnungshofes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Die Anfrage der GR. Wicha und Gen. ob vor Übernahme der Bürgschaft für die Kiba die Zweckmäßigkeit und Rentabilität dieser Firma geprüft worden wäre beantwortete Stadtrat Resch sofort und verneinte dies mit dem Hinweis darauf, daß damals nur ein einziger Sachverständiger zur Verfügung gestanden wäre, nämlich der Regisseur Pabst. Desglei- chen verneinte er die Frage, ob noch andere Bürgschaften für die Kiba übernommen worden wären. Ein weiterer Antrag des GR. Wicha bezüglich Berichterstattung des Kontrollamtes an den Gemeinderat und die Anträge der GR. Dr. Soswinski und Doppler wurden mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Geehrte Redaktion!

Da die Sitzung des Wiener Gemeinderates noch in den späten Abendstunden weiter dauert, schließen wir unseren Bericht heute ab und bringen das Referat von Stadtrat Dkfm. Nathschläger über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke sowie den Bericht über die Erledigung der restlichen Tagesordnung morgen, Samstag, in der Mittagsaussendung.